



## *Landesverbandstag 2008 in Kirchheim/Teck*

unter dem Motto:

**Familien brauchen**

**Zukunft**

**Zeit &**

**Zaster**



**Mit den Chorkindern der Freihofgrundschule**

**und dem Poeten Anton G. Leitner und Martin Finsterlin**

### Landesverbandstag

- ◆ Familien brauchen Zukunft, Zeit und Zaster
- ◆ Zu Gast: Anton Leitner und Martin Finsterlin

### 1 Jahr Elterngeld

- ◆ Erste Auswertungen
- ◆ Artikel von Dr. Borchert

### Jugendkriminalität

- ◆ Pressemeldung des DFV
- ◆ Zahlen, Daten, Fakten

**Poesie im Duo**  
Familiengedichte aus 2500 Jahren





## Editorial

*Liebe Leserin, lieber Leser,  
liebe Verbandsfamilien,*

*das neue Jahr ist noch sehr jung, aber das Thema Familie steht vielfältig im Rampenlicht der Medien, die in vielfältiger Weise über Ereignisse berichten, die zum Teil sehr einseitig und dramatisch dargestellt werden – eine differenzierte Betrachtung von Eltern und*



*Familienverhältnisse leider ausblenden. Der mediale Eindruck, dass Eltern für alle traurigen Geschehnisse in den verschiedensten Bereichen Verantwortung tragen sollen, zeigt keinesfalls die millionenfach geleisteten Erfolge, die Familien tagtäglich „produzieren“ und die eine verantwortliche Familienpolitik zu unterstützen beauftragt ist.*

*Mit dieser Ausgabe laden wir alle interessierten Familien – gleich ob sie bereits Mitglied oder NochNicht-DFV-Mitglied sind – recht herzlich ein zum Besuch des öffentlichen Teils unseres Landesverbandstages am Samstag, 8. März ab 10 Uhr im alten ev. Gemeindehaus in Kirchheim/Teck.*

*Unter dem Motto:*

*Familien brauchen  
Zukunft  
Zeit und  
Zaster!"*

*wollen wir die berechtigten Anliegen von Familien auf die „Bühne bringen“ und Sie alle zum fröhlichen Mitmachen bewegen („Beispiele stecken an..“).*

*Daneben lesen Sie die neuesten Zahlen aus der Landesstatistik und unsere Stellungnahmen zum Jugendstrafrecht.*

*Weitere DFV-Nachrichten und aktuelle Neuigkeiten finden Sie im Internet unter [www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de).*

*Mit dem Motto*

*... der Familie verpflichtet... D F V !*

*lädt Sie der Landesvorstand recht herzlich ein  
Ihr*

*Uto R. Bönde  
Vorstandsvorsitzender Baden-Württemberg*

## Landesverbandstag 2008 in Kirchheim/Teck

Unter dem Motto „Mutters Hände, Vaters Herz“ werden der bekannte Lyriker Anton G. Leitner und der Gitarrist Martin Finsterlin ein Programm mit Familiengedichten aus der Weltliteratur vorstellen. Witzig und spritzig, überraschend, schön und anregend verspricht dieses speziell für den DFV-Baden-Württemberg zusammengestellte Programm am Vormittag des 8. März 2008 in Kirchheim unter Teck zu werden.

### Unser Programm

- Bis 10 Uhr Eintreffen der Gäste, Mitgliedsfamilien und Delegierten (incl. Regularien mit der LGS)
- 10.30 Uhr Beginn der öffentlichen Veranstaltung; Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Uto R. Bonde  
Grußwort von Frau Oberbürgermeisterin Angelika Matt- Heidecker
- 10.45 Uhr „Wie sehen wir Familie“  
Präsentation der Ausstellung durch die Chorkinder der Freihofgrundschule
- 11.30 Uhr **Poesie im Duo**  
von Poet Anton G. Leitner und Gitarrist Martin Finsterlin  
Auszüge der Gedichtsammlung :  
„Mutters Hände, Vaters Herz“
- 13.00 Uhr Mittagessen
- ab 14.00 Uhr Beginn der nicht öffentlichen Sitzung\*:  
Landesverbandstag mit Vorstandswahlen  
gem. Landessatzung



Ende

\* Kinderbetreuung nur nach vorheriger Meldung bei der schriftlichen Delegiertenanmeldung an die Landesgeschäftsstelle

**Termin: 8. März 2008**

**Tagungsort:** Altes evangelisches Gemeindehaus, Alleenstraße 116

Wir wünschen allen Teilnehmern einen unterhaltsamen Vormittag mit allerlei tiefgreifenden und humorvoll anregenden Impulsen und das Erlebnis solidarischer Gemeinsamkeit von Familien innerhalb des DFV und seiner Gäste. Die Besucher dürfen ein kurzweiliges Programm erwarten, das sich von literarisch kritischen Gedanken bis hin zu Eindrücken über die Familien aus Kinderhand erstreckt.

Das reizvolle Städtchen Kirchheim bietet für alle Nichtteilnehmer des Landesverbandstages am Nachmittag eine Gelegenheit zu einem entspannten Besuch des Ortes.

Es lohnt sich, einen Spaziergang zu den Sehenswürdigkeiten der historischen Altstadt zu machen, vorbei an stattlichen Fachwerkhäusern, der gotischen Martinskirche, dem Renaissance-Schloss und dem sehenswerten und einem der schönsten Fachwerk-Rathäuser des Landes mit Kassettendecke und Mondphasenuhr.

Als Charakteristikum erleben Sie giebelständige Häuser, die wesentlich mächtiger wirken als traufständige Gebäude. Die Stadtmauer mit Bastionen, zahlreiche stattliche Fachwerkbauten aus dem 17. und 18. Jahrhundert und die historischen Marktplätze prägen das Stadtbild. Interessant ist das Städtische Museum im Kornhaus und das Literarische Museum im Max-Eyth-Haus; daneben laden viele Straßencafés, Biergärten, schwäbische Gasthöfe und Restaurants zum Genießen ein. Die schön gestaltete Fußgängerzone und die Plätze locken zum Einkaufsbummel. Wer sich vor den Stadttoren erholen will, geht in den Talwald, auf das Hohe Reisach oder das Segelfluggelände „Hahnweide“ oder erkundet die Umgebung auf den zahlreichen Wander- und Radwanderwegen zwischen Streuobstwiesen und Aussichtsfelsen der Schwäbischen Alb.



## Ein Jahr Elterngeld

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes wurden in den ersten drei Quartalen 2007 in Baden-Württemberg 44.022 Anträge auf Elterngeld bewilligt. Im ersten Halbjahr 2007 wurden 17.371 Anträge auf Elterngeld genehmigt. Damit kamen im dritten Quartal 26.651 Bewilligungen hinzu. Von Januar bis September wurden 90,2 Prozent oder 39.694 der Anträge von Frauen und 9,8 Prozent (4.328) von Männern gestellt und bewilligt; im ersten Halbjahr 2007 waren es 7,8 Prozent oder 1.361 Anträge von Männern.

In den einzelnen Stadt- und Landkreisen ergibt sich für die ersten drei Quartale 2007 ein differenziertes Bild. Überdurchschnittliche Anteile der Männer haben vor allem die Stadtkreise. Spitzenreiter mit einem Anteil von 17,1 Prozent ist Heidelberg. Niedrigere Anteile zeigen sich in ländlich geprägten Kreisen. Am geringsten war der Väter-Anteil im Landkreis Tuttlingen mit 5,6 Prozent.

Fast zwei Drittel der Väter (64,3 Prozent) beanspruchte das Elterngeld für zwei Monate. 16 Prozent nahmen eine »Babyzeit« von zwölf Monaten. Fast alle Frauen (93,5 Prozent) beantragten das Elterngeld für zwölf Monate, lediglich 0,6 Prozent entschieden sich für eine Bezugsdauer von zwei Monaten. Die meisten Bezieher und Bezieherinnen waren verheiratet (82,1 Prozent). 14,9 Prozent waren ledig und 2,6 Prozent waren geschieden.

Die Hälfte (50,6 Prozent oder rund 22.261) der Bezieherinnen und Bezieher hatten ein Kind, 34,1 Prozent zwei Kinder und 15,3 Prozent drei oder mehr Kinder im Haushalt. 81 Prozent oder rund 35.600 Personen besaßen die deutsche Staatsbürgerschaft, weitere 5,6 Prozent waren Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union und 9,8 Prozent Staatsangehörige eines anderen europäischen Staates (einschließlich der Türkei). Nur 3,6 Prozent besaßen eine außereuropäische Staatsbürgerschaft.

Den Höchstsatz beim Elterngeld in Höhe von 1.800 Euro bekamen nur 1.150 Personen, das waren 623 Frauen und 527 Männer. Den Mindestbetrag in Höhe von 300 Euro hingegen bekamen bei den Frauen fast ein Drittel (29,5 Prozent) und bei den Männern weniger als ein Viertel (19,9 Prozent). Die überwiegende Zahl der Mütter (86,9 Prozent) erhielt weniger als 1.000 Euro, bei den Männern lag dieser Anteil mit 52 Prozent deutlich darunter.

Quelle: [www.statistik-bw.de/Pressemitt/2007386.asp](http://www.statistik-bw.de/Pressemitt/2007386.asp)

## Zahlen zur Inanspruchnahme

Von Heike Lipinski

Das Gesetz zum Elterngeld hat eine breite öffentliche Diskussion ausgelöst. Befürworter erhoffen sich eine stärkere Väterbeteiligung in der Familie, eine einfachere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine Verbesserung der finanziellen Situation nach der Geburt insbesondere des ersten Kindes, in der bei den meisten Familien ein Verdienst wegfällt. Kritiker halten dagegen, dass das Familienmodell mit doppelverdienendem Elternpaar einseitig gefördert wird und dass Besserverdienende höhere finanzielle Zuwendungen erhalten.

### Höhere Inanspruchnahme durch Väter als beim Erziehungsgeld

Im Herbst 2007 lag der Anteil der Väter, die Elterngeld bekamen im Bundesdurchschnitt bei 9,6%. Damit ist er doppelt so hoch verglichen mit 2006, wo rund 4% der Väter Erziehungsgeld bekamen und sich rund 5% für die Elternzeit entschieden haben.



Baden-Württemberg liegt mit 9,8% in der Inanspruchnahme von Elterngeld etwas über dem Bundesdurchschnitt. Konkret haben hier in den ersten drei Quartalen 2007 39.694 Mütter und 4.328 Väter Anträge auf Elterngeld gestellt und bewilligt bekommen. Für die weitere Entwicklung ist anzunehmen, dass sich der Väteranteil weiter erhöht. Denn es zeichnet sich ab, dass viele Väter den Elterngeldanspruch in den Monaten 13 und 14 nach Geburt ihres Kindes realisieren möchten.

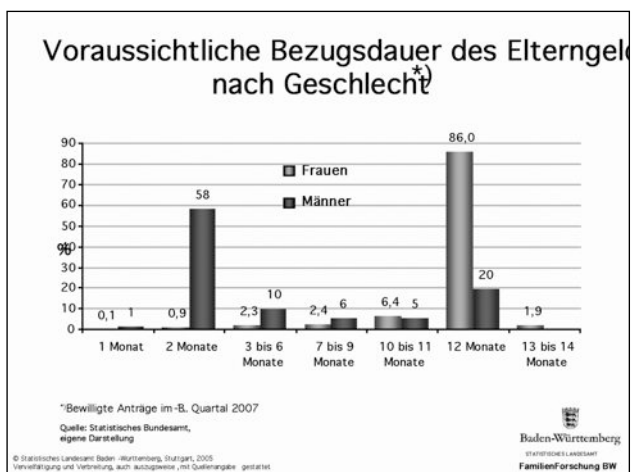
# Erste Ergebnisse zum Elterngeld

## Nur kurze Berufsunterbrechung bei Vätern

Wenn Mütter sich für eine Berufsunterbrechung zugunsten der Kindererziehung entscheiden, dann zu meist für ein Jahr oder länger und damit für die volle Laufzeit des Elterngeldes. Die Mehrheit der Väter entscheidet sich dagegen für die sogenannten zwei Vätermo nate. Nur jeder zwanzigste Vater hat einen Antrag auf einjährige Berufsunterbrechung gestellt. Während des Elterngeldbezugs sind nur wenige Männer in Teilzeit erwerbstätig. Es liegt die Vermutung nahe, dass sich für die oft kurze Inanspruchnahme die aufwändige Organisation von der Teilzeit nicht lohnt.

Damit hat sich der Anteil der Väter, die sich für eine längere Auszeit zugunsten der Familie entscheiden, seit Einführung des Elterngeldes nicht erhöht. Hinzugekommen sind aber Männer, die sich für eine kurze Phase vollzeitiger Familienarbeit entscheiden. Es bleibt abzuwarten, wie weit Veränderungen im Rollenverständnis und eine insgesamt stärkere Beteiligung von Männern in der Familie damit einhergehen.

## Besserverdienende gehen kürzer in Elternzeit

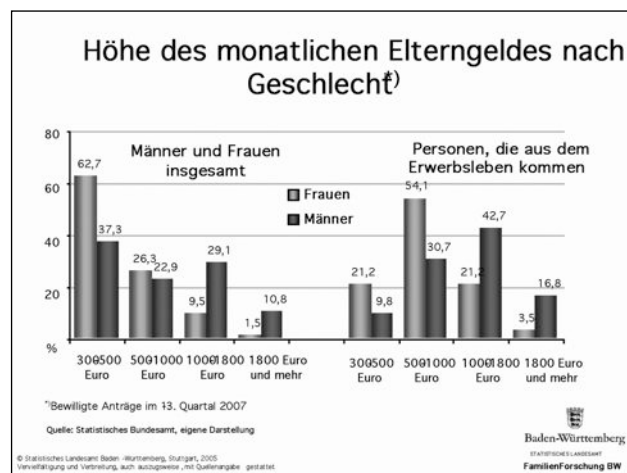


Bei Männern spielt das Gehalt eine wesentliche Rolle für den Elterngeldbezug. Je besser sie verdienen, desto häufiger entscheiden sie sich nur für eine kurze Elternzeit. Bei Vätern, die aufgrund ihres guten Einkommens Anspruch auf mehr als 1000 Euro haben, sind es fast zwei Drittel, die sich auf zwei Monate beschränken – Das trifft nur auf 42% der Männer zu, die den Mindestbetrag bekommen. Genau umgekehrt verhält es sich beim 12-monatigen Elterngeldbezug. 39% der Mindestbetragsbezieher, aber nur 13% der-

jenigen, die über 1000 Euro erhalten, entscheiden sich für ein ganzes Jahr zugunsten der Familien. Es scheint also weiterhin in besser dotierten Jobs schwieriger zu sein, Beruf und eine längere Unterbrechung für die Familie zu vereinbaren. Bei Frauen ist die Länge der Inanspruchnahme kaum von beruflichen Faktoren beeinflusst.

## Väter erhalten mehr Geld als Mütter

Jeder dritte Elterngeldbezieher bekommt den Mindestbetrag von 300 Euro. Den Höchstbetrag von 1800 Euro (ggfs. plus Zuschläge) erhält nur eine Minderheit von knapp 3%. Männer erhalten dabei im Schnitt höhere Elterngeldbeträge als Frauen. Das spiegelt zum einen das durchschnittlich höhere Erwerbseinkommen von Männern wieder. Zum anderen liegt es daran, dass deutlich mehr Frauen (über 50%) bei der Geburt des Kindes nicht im Erwerbsleben standen, bedingt durch Studium, Arbeitslosigkeit oder weil sie bereits ein Geschwisterkind versorgten. Aber auch bei den Männern ist der Anteil, der vor dem Bezug von Elterngeld nicht erwerbstätig war, mit einem Drittel deutlich über dem Durchschnitt. Diese Männer entscheiden sich überdurchschnittlich oft für eine längere Elternzeit – Familienarbeit als sinnvolle



## Alternative.

Für eine umfassende Bilanz zum Elterngeld ist es noch zu früh. Ende 2008 – wenn die Anspruchsfrist der zu Beginn 2007 geborenen Kinder endet – sollte für die Beurteilung abgewartet werden. Und ob das Elterngeld positiv auf die Geburtenrate wirkt, wird bei der Langsamkeit demografischer Prozesse erst in einigen Jahren zu bewerten sein. Angaben beruhen auf Auswertungen der Zahlen zum Elterngeld des Statistischen Bundesamtes.

## Verschärfung des Jugendstrafrechts

Die jüngsten Angriffe von gewalttätigen Jugendlichen gegen ältere Menschen haben für Entsetzen gesorgt und zu einer heftigen Diskussion um schärferen Strafen, Erziehungscamps als Lösung gegen Gewalt und der Einbeziehung von Kindern ins Jugendstrafrecht geführt. Der Landesvorsitzende Uto R. Bonde hat bereits im Januar in einer Presseerklärung vertreten, dass Bildungserfolge, soziale Integration und Berufschancen die Schlüssel gegen Jugendgewalt sind. „Wer im Kindergarten die Umgangssprache und das soziale Miteinander gelernt hat, wer schulisch gefördert wurde, Arbeit und Anerkennung erhalten hat, ist in seinem Umfeld integriert und kein auffälliger Außenseiter mehr. Wer in



den Kindern und Jugendliche kein Zukunftspotential erkennt und dort nicht kontinuierlich investiert, braucht über Sprachlosigkeit und Gewalt hernach keine Klage mehr zu führen. Was gebraucht wird, sind Angebote mit Perspektiven und menschlichen Umgang. Man kann nur vor der „politisch gepflegten Illusion“ warnen, zu glauben, dass mehr Strafhärte mehr Sicherheit bringen würde.

Ähnlich wie der der Deutscher Richterbund, der Kriminologieexperte Professor Pfeiffer und Wolfgang Heinz, Kriminologe und Strafrechtsprofessor an der Uni Konstanz, lehnen wir die gegenwärtige einseitige politische Diskussion um härtere Strafen für jugendliche Gewalttäter als nicht konstruktiv, überflüssig und wahlkampfbeding ab.

Auch den Vorschlag Kinder unter 14 Jahren im Einzelfall vor Gericht zu stellen, ist abzulehnen, denn es wären zusätzliche Gutachten über den Verdächtigen notwendig, die Zeit kosten, teuer sind und nichts bringen als eine frühe Stigmatisierung und kaum Lebensänderungen: "Wir fügen damit unnötiges Leid zu, denn wir verhängen härtere Strafen, die nichts bringen." Dies unterstützen fast 1000 Professoren, Staatsanwälte und andere Fachleute. Wolfgang Heinz legt in einer sechsstufigen Resolution dar, dass solche Forderungen den Erkenntnissen der

Wissenschaftler widersprechen. Die derzeit populäre Härte sei ein "Katastrophenrezept", heißt es dort. "Strafrecht kann weder Ersatz noch darf es Lückenbüßer sein für Kinder- und Jugendhilfe, für Sozial- und Integrationspolitik".

Drängend notwendig ist, dass eine sachliche Auseinandersetzung über die Ursachen und die kontinuierliche Umsetzung von Konzepten in den Ländern stattfindet. Wer straffällig wird, muss konsequent und zeitnah erfahren, dass dies nicht geduldet wird und zu Konsequenzen führt. Die Jugendkriminalität ist insgesamt leicht rückläufig. Tötungsdelikte von 14- bis 21-Jährigen sind in den letzten zehn Jahren um 30 Prozent nach unten gegangen, Raubdelikte um ein Fünftel; angestiegen dagegen sind die Körperverletzungsdelikte. Hauptmerkmale sind bei jungen Tätern mangelhafte Bildungsstandards, geringe Integration und soziale Auffälligkeit in ihrer Außenseiterrolle. „Wer sich nicht verbal ausdrücken kann, schlägt eher zu!“. Diese Zusammenhänge und Defizite sind längst öffentlich bekannt.

Politische Aktivität regt sich (leider) meist erst dann, wenn das Unglück bereits geschehen ist. Es müssen sich gerade jene politischen Kräfte fragen lassen,

Besser in Bildung + Sozialisation investieren als in Gefängnisse! "

warum vor einem Jahrzehnt die Sprachkurse für Spätaussiedler massiv reduziert wurden, warum asylsuchenden Kindern und Jugendlichen kaum Bildungschancen eingeräumt wurden (per Erlass zum Teil nicht beschult werden durften!).

**Tragen die damaligen Beschlüsse jetzt ihre Früchte in unsere Gesellschaft?**

Der Ruf nach Härte bringt keine Sicherheit, sondern Ausgrenzung und gesellschaftliche Spaltung. Die Rückfallquoten bei Jugendlichen, die in Erziehungscamps in der USA waren, betragen 64 bis 75 Prozent. Harter Drill, körperliche Ertüchtigung und Furcht vor den Ausbildern als Konzept bewirken lediglich kurzfristige Besserung für die Dauer des Camps und lösen keine Ursachen; die hohe Rückfallquote bei den Campabsolventen zeigt den geringen Nutzen und Nachhaltigkeit in der Verhaltensänderung trotz hoher staatlicher Kosten.

In Baden-Württembergs gibt es spezielle Vollzugsmaßnahmen, in denen jugendliche Straftäter ihre Eigenverantwortung und ein freies Leben lernen- eine Zielsetzung, die seit Jahrzehnten für den Jugendstrafvollzug im Gesetz stehen.

## Familienpolitik

### DFV fordert Kostenbeitrag des Landes zur Freiburger Essensregelung

Freiburg Der Deutsche Familienverband Baden-Württemberg (DFV) hat die Ablehnung des Fondsmodells zur Kostenbeteiligung des Landes an der Essensversorgung von Kindern aus sozial schwachen Familien scharf kritisiert. Die Mehrheit des Landtags habe mit dieser Entscheidung gegen das Freiburger Modellprojekt gezeigt dass bei ihr das Motto „arme Kinder – reiches Land“ Vorrang vor dem selbst gewählten Slogan vom angeblichen „Kinderland Baden-Württemberg“ genieße. Der Hinweis auf die Zuständigkeit der Gemeinden möge formaljuristisch richtig sein, müsse aber hinterfragt werden, wenn Familien in Not sind, sagte der Landesvorsitzende des DFV, Uto R. Bonde (Freiburg).



Ein Blick in die Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zeige, dass die Kommunen dort vom Land unterstützt würden, um Kindern die Teilnahme am Mittagessen in öffentlichen Einrichtungen zu ermöglichen. „Warum kann sich dies Baden-Württemberg nicht leisten?“ will Bonde von den Politikern in Stuttgart wissen.

Der DFV könnte sich sehr gut vorstellen, dass die von der Opposition vorgeschlagene Lösung zur Einrichtung eines Fonds beim Land ein erster wegweisender Schritt wäre, um die Kommunen zu entlasten. Im Sinne der betroffenen Kinder und Familien hofft der DFV nun darauf, dass sich die Mitglieder des Freiburger Gemeinderates weiterhin zielstrebig für eine soziale und kommunale Lösung einsetzen. Er forderte die Freiburger Landtagsabgeordneten auf, sich den Modellvorstellungen der Stadt Freiburg anzuschließen und den Landtag zu einer Neubesinnung zu veranlassen.

### Landesverbandstag 2008

in Kirchheim unter Teck

unter dem Motto:

**Familien brauchen  
Zukunft, Zeit und Zaster**

Mit dem bekannten Poeten Anton G. Leitner  
und dem Gitarristen Martin Finsterlin  
und ihrem Programm

**Mutters Hände, Vaters Herz**  
Familientexte aus 2500 Jahren

8. März 2008, 10 Uhr  
Altes evangelisches Gemeindehaus,  
Alleenstraße 116



Seminare für werdende aber auch für gestandene Eltern. Geburtsvorbereitung, PEKiP-Gruppen, Spielgruppen, musikalische Förderung, Erziehungsworkshops, etc. – alles was Eltern wissen und können müssen.

Fordern Sie unser kostenloses Programm an!

**Eltern werden – Eltern sein e.V.**  
Rennerstr. 4, 79106 Freiburg  
Tel.: 0761 - 28 99 55  
[www.elternwerden-elternsein.de](http://www.elternwerden-elternsein.de)



## Kinderarmut kostet Zukunft

*Statt familienpolitischem Lug und Trug 450 ehrliche Euro je Kind und Monat mehr!*

Seit 1965 betreibt Deutschland Raubbau an seinem Humankapital in einer Weise, wie sie nirgendwo sonst auf der Welt zu beobachten ist: Trotz einer Halbierung der Geburtenzahl bis 2006 auf nur noch 763.000 Neugeborene wurde der Anteil der Kinder in der Sozialhilfe gleichzeitig auf das Sechszehnfache gesteigert (=Verdoppelung alle zehn Jahre!): Traf es damals nur jedes 75. Kind unter 7 Jahren, war es zuletzt jedes fünfte! Die Auswirkungen für die Bildungsfähigkeit des Nachwuchses sind verheerend.

### **Keine Folge von Massenarbeitslosigkeit oder Erwerbsabstinenz der Mütter**

Diese doppelte Kinderarmut in Deutschland ist nicht die Folge einer besonders ausgeprägten Erwerbsabstinenz der Mütter hierzulande. Ihre Erwerbsquote liegt vielmehr im europäischen Mittelfeld und weist im Zeitraum 1960 bis 2006 eine Steigerung von rund 60 Prozent auf; sie liegt beispielsweise höher als bei den in Sachen Familienpolitik als vorbildlich angesehenen Franzosen. Die Kinderarmut ist auch kein unbeabsichtigter Kollateralschaden der Massenarbeitslosigkeit, wie schon der Umstand beweist, dass die Zahlen und der Anteil der Kinder in der Sozialhilfe auch in jenen Zeiträumen weiter stiegen, in welchen Konjunkturaufschwünge zu deutlichen Rückgängen der Arbeitslosenzahlen führten. So bezifferte die Deutsche Armutskonferenz die Zahlen der von Armut betroffenen Kinder erst vor Monatsfrist mit 2,2 – 3,0 Millionen (Presse-Info v. 16.10.2007); im Jahr 2005 sprach man von „nur“ etwa 1,5 Millionen Kindern.

### **...sondern eines verfassungswidrigen Abgabensystems**

Die doppelte Kinderarmut ist vielmehr die systematische Folge einer Abgabenordnung, welche entgegen den verfassungsrechtlichen Vorgaben und teilweise sogar schon entgegen ausdrücklichen Weisungen des Bundesverfassungsgerichts auf die spezifische Situation der Familien, besonders ihre verminderte Leistungsfähigkeit infolge der Unterhaltspflichten gegenüber den Kindern keine Rücksicht nimmt. Analysen der OECD aus 2000 zeigen, dass Deutschland weltweit eine negative Spitzenstellung einnimmt, was den Anteil der besonders familienfeindlichen Sozialbeiträge und Verbrauchssteuern an den Gesamteinnahmen der öffentlichen Hände anbetrifft. Kumuliert beliefen sich ihre Anteile anno 2000 nämlich auf 70,8 Prozent (zum Vergleich Dänemark:

37,7 Prozent); da die Sätze der Ökosteuer seit 1999 jährlich anstiegen und 2007 die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte erhöht wurde, dürfte diese Quote zwischenzeitlich auf über 75 Prozent gestiegen sein. Entgegen der landläufigen Ansicht entspricht auch die Einkommens- bzw. Lohnsteuer nicht den Geboten der Bemessung öffentlicher Lasten nach Leistungsfähigkeit, weil der Staat den von ihm selbst im Familienrecht statuierten Unterhaltspflichten, die angemessen und deshalb „schichtenspezifisch“ zu erfüllen sind, im EStG die Anerkennung verweigert und nur die Existenzminima von der Besteuerung ausnimmt, die freilich zu Lasten der Familien heruntermanipuliert werden. So bleibt das steuerliche Kinderexistenzminimum von 2001 bis 2008 unverändert, obwohl die Inflationsrate kumuliert derzeit schon um rund 12 Prozent und am Ende dieses Zeitraums um voraussichtlich 15–17 Prozent gestiegen sein wird. Eltern von unterhaltsberechtigten Kindern werden im Vergleich zu Personen ohne Unterhaltspflichten somit effektiv nach einer höheren Progression besteuert.

### **Die vierköpfige Familie mit Durchschnittsverdienst zahlt jährlich rund 21.365 Euro in die öffentlichen Kassen!**

Für Familien ist es der ganz normale Wahnsinn in Deutschland, dass ein durchschnittliches Facharbeitereinkommen von 30.000 Euro/Jahr es schon nicht mehr erlaubt, auch nur zwei Kinder aus dem selbst erwirtschafteten Einkommen in Freiheit und Selbstverantwortung großzuziehen. Vielmehr bleibt die vierköpfige Familie trotz des ihr gewährten Kindergeldes in Höhe von 3696 Euro um 1197 Euro unter dem steuerlichen Existenzminimum. Einschließlich des als „Arbeitgeberbeitrag“ vorenthaltenen Lohnanteils werden der vierköpfigen Familien dabei nicht nur die direkt ausgewiesene Lohnsteuer sowie die Sozialbeiträge in der Summe von 7.949 Euro von „Vater Staat“ abgenommen, sondern darüber hinaus ca. 6000 Euro an Sozialbeiträgen darüber hinaus, semantisch verkleidet als „Arbeitgeberbeitrag“. Auf den Durchschnittsverdienst entfallen damit an Sozialbeiträgen und Lohnsteuer insgesamt rund 14.000 Euro. Hinzu kommen aber noch die indirekten Steuern auf den Kindesunterhalt, eine Last, welche nichtunterhaltspflichtigen Personen im wahrsten Sinne des Wortes „erspart“ bleibt: Sie können das Geld nämlich der indirekten Besteuerung durch Anlage in Kapital entziehen (oder mit ihm auf Reisen gehen).

...weiter Seite 14



## Volksbank Freiburg fördert genossenschaftliche Zusammenarbeit

*Volksbank Freiburg fördert genossenschaftliche Zusammenarbeit*

Die Volksbank Freiburg ist nicht nur eine Bank, sondern in der Rechtsform einer Genossenschaft auch der Solidarität ihrer Mitglieder verpflichtet. Diese Leitidee ist topmodern, zeigt doch gerade die aktuelle Diskussion um die Macht der Konzerne, um Globalisierung und ähnlichen Themen, wie wichtig das Zusammenstehen von gleichgesinnten Gruppierungen in Gesellschaft und Wirtschaft ist.

43.000 eingetragene Mitglieder bilden die Genossenschaftsbank Volksbank Freiburg und bestimmen basisdemokratisch über den Kurs des Hauses mit; an der Spitze werden sie durch die Bankvorstände Heinrich Vomstein und Uwe Barth vertreten.

Um die Solidarität noch stärker herauszustreichen, steht in 2008 eine Neuerung bevor: Das Verbreitungs-



Heinrich Vomstein (Volksbank Freiburg), Ursula Sladek und Dr. Michael Sladek (beide Geschäftsführer der EWS), Uwe Barth (Volksbank Freiburg)

gebiet der Bank mit seinen 130.000 Kunden soll in sechs bis acht Bezirke eingeteilt werden, die in sogenannten „Bezirksversammlungen“ ihre Vertreter für die Vertreterversammlung auswählen. Damit werden die Mitglieder der Bank mit ihrer Stimme Vertreter, die sie kennen, bestimmen können. Bislang konnten sie meist nur einer nahezu anonymen Liste mit 500 meist unbekannt Namen zustimmen.

Mit dem neuen Wahlverfahren „Bezirkswahl“ wird die Entscheidungskraft der Eigentümer der Bank, den Genossen, wieder mehr den Ideen der Gründerzeit näher kommen; die Volksbank Freiburg knüpft mit der Strategie „Vorwärts zu den Wurzeln“ als Vorreiter im genossenschaftlichen Lager an den basisdemokratisch-genossenschaftlichen Gedanken an.



**Volksbank  
Freiburg**

Schwarzwald Breisgau Kaiserstuhl

Die Verbundenheit mit den Menschen vor Ort, die Zugehörigkeit zur Region und der Erhalt dieser als Lebensgrundlage aller, ist das Credo der neuen Führungsspitze der Bank. Aus diesem Grunde unterstützt das Haus auch gerne Institutionen ähnlicher Denkrichtung und vergleichbarer Rechtsform.

Daher unterstützt sie nicht nur gerne die Idee der Selbsthilfe des Deutschen Familienverbandes, sondern auch die gemeinnützige Arbeit des baden-württembergischen DFV-Landesverbandes und seines Vorstandes in Freiburg.

Ein weiteres Beispiel ist die Zusammenarbeit mit dem Freiburger „Vorderhaus“ sowie mit den „Elektrizitätswerken Schönau“ (EWS). Diese Hinwendung bedeutet für die Bank zunächst selbst Beispiel zu geben mit der Kündigung der bisherigen Stromlieferverträge und der Übernahme der Versorgung durch die „Stromrebelln“ – eine Energiemenge in Höhe von 2,9 Mio. Kilowattstunden pro Jahr.

Gleichzeitig ist die Volksbank und ihre Filialen eine Art „Vertriebsstelle“ für die EWS: Wer also künftig ebenfalls etwas für die Umwelt tun und garantiert atomkraftfreien Strom beziehen will, der kann sich bei seiner Volksbank-Filiale informieren und dort auch gleich die Ummeldung vornehmen.

Man zeige, so der Vorstand weiter, mit diesem Schritt darüber hinaus die Verbundenheit mit genossenschaftlich orientierten Unternehmen sowie die Bereitschaft, Verantwortung für die Region und deren Erhalt zu übernehmen. „Dass wir damit auch ein wenig gegen die Allmacht der Großkonzerne angehen wollen, ist wohl selbstverständlich“, setzte Vomstein hinzu. Dies ergebe sich schon aus der Geschichte der genossenschaftlichen Institutionen, die sich zur Gründerzeit im ausgehenden 19. Jahrhundert gegen die scheinbare Übermacht von Kartellen und Monopolen gewandt hatten – etwas, was heute gerade auf dem Energiesektor dringend wieder notwendig geworden sei. Um den direkten Kundenkontakt zu erleichtern, hat die Volksbank eine Flotte von Smarts angeschafft, die die Mobilität erhöhen, den Kundenkontakt vertiefen und gleichzeitig mit dem geringen Spritverbrauch und sehr niedrigen CO<sub>2</sub>-Ausstoß dennoch die Umwelt schonen soll.

## Medien im Wandel

### Kinderportal des Deutschen Bundestages online

[www.kuppelkucker.de](http://www.kuppelkucker.de): Der Deutsche Bundestag hat jetzt auch ein Internetangebot für Kinder im Alter von acht bis 14 Jahren eingerichtet. Die Angebote unter [www.kuppelkucker.de](http://www.kuppelkucker.de) sollen Grundkenntnisse über das Parlament spielerisch vermitteln.

Mit dem Internetauftritt wird Kindern ein Einblick in den Deutschen Bundestag ermöglicht. Sie können den Bundestag virtuell besuchen und verschiedene Räume erkunden. Dabei werden sie von den Menschen, die dort arbeiten, begrüßt und über die Funktion, Aufgaben, Gremien und parlamentarische Abläufe informiert.

Beim Quiz „Parlamento“ kann man zeigen, was man von dem Gesehenen noch weiß. Mit dem Aufzug „Kuppelstürmer“ geht es abschließend hoch in die Kuppel.

Nicht nur den Kindern wünschen wir viel Spaß auf diesem virtuellen und interaktiven Erkundungsweg durch den Deutschen Bundestag.

Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Bundestages vom 31.10.2007

### JIM-Studie 2007

#### Handys werden immer öfter genutzt

Das Handy ist als multimediale Plattform für Jugendliche von großer Bedeutung, die Ergebnisse bestärken die Notwendigkeit hier weiter in die Forschung zu investieren und das Handy als wichtiges Jugendschutzthema zu begreifen. Dieses Thema muss ernst genommen werden; mit dem Angebot [www.handysektor.de](http://www.handysektor.de) gibt es wichtige Tipps im Umgang mit mobiler Kommunikation.

#### Dies sind Ergebnisse der JIM-Studie 2007:

94 Prozent aller Jugendlichen haben aktuell ein Mobiltelefon. Die breite Ausstattung technischer Möglichkeiten, wie Datenaustausch oder Foto- und Videofunktionen, ermöglicht dabei zunehmend missbräuchliche Anwendungen. 29 Prozent der Handybesitzer zwischen 12 und 19 Jahren haben schon einmal mitbekommen, dass eine Schlägerei mit dem Handy gefilmt wurde. Mit einer Zunahme von 12 Prozentpunkten gegenüber 2006 hat sich dieser Wert fast verdoppelt. Inzwischen ist jeder dritte Junge und jedes vierte Mädchen mit diesem unter dem Namen

„happy slapping“ bekannten Phänomen in Berührung gekommen. Hauptschüler berichten häufiger von solchen Vorkommnissen als Realschüler und Gymnasiasten.



Ein Drittel der jugendlichen Handybesitzer hat im Freundeskreis den Austausch von gewalthaltigen oder pornografischen Inhalten mitbekommen. Jeder zehnte Jugendliche war selbst betroffen und bekam solche jugendgefährdenden Inhalte auf sein Handy geschickt. Der Datenaustausch wird durch die gute Ausstattung der Handys begünstigt - zwei Drittel aller Jugendlichen haben ein Handy mit Bluetoothschnittstelle, die den einfachen Austausch ermöglicht. Vier von fünf Jugendlichen können mit ihrem Handy ins Internet gehen und haben eine integrierte Kamera.

Bei Fragen steht Ihnen die Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LfK), Thomas Rathgeb, Telefon 0711-6 69 91-52 zur Verfügung.

Die Studienreihe JIM (Jugend, Information, Multi/Media) des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest bildet seit 1998 das Medien- und Freizeitverhalten der Jugendlichen zwischen 12 bis 19 Jahren in Deutschland ab. Für die repräsentative Studie werden ca. 1.200 Jugendliche befragt. Die Gesamtergebnisse der 2007 zum zehnten Mal erhobenen Studie stehen unter [www.mpfs.de](http://www.mpfs.de) zum Download bereit - die Durchführung der Studie erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Südwestrundfunk (SWR).



## Pressemeldungen

### *DFV fordert differenzierte Angebote für junge Familien*

Anlässlich der aktuellen Diskussion über Familienförderung und Erziehungsversagen warnt der Deutsche Familienverband vor familienpolitischen Kurzschlussreaktionen:

„Als Mütter und Väter können und dürfen wir vor den schockierenden Vorfällen von Misshandlung, Vernachlässigung und Tötung von Kindern nicht die Augen verschließen. Aber als Vertreter der Familien in Deutschland wehren wir uns gegen die zur Zeit geführte Debatte, die alle Eltern unter General-

Lebensjahre des Kindes unabhängig von der gewählten Form der Betreuung bei allen jungen Familien ankommt. Damit jedes Kind dem Staat gleich viel wert ist, muss diese Förderung so hoch sein wie die Ausgaben der öffentlichen Hand für einen Krippenplatz: Das sind pro Monat rund 700 Euro.

Für junge Familien reicht eine bessere finanzielle Unterstützung allein nicht aus. Sie brauchen differenzierte Hilfeangebote zur Stärkung der Lebens- und Erziehungskompetenz, Angebote der Familienbildung und -beratung sowie Unterstützung durch gezielte Familienhilfe und Begleitung im Alltag. Wenn ein begründeter Verdacht besteht, dass das Kindeswohl

**[www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de)**

verdacht stellt. Eine solche Sichtweise ist mit dem Familienbild der Verfassung und der Alltagsrealität in den Familien nicht vereinbar und darf nicht zur Norm für die künftige Gestaltung allgemeiner familienpolitischer Leistungen werden. Wer Eltern ein grundsätzliches Misstrauen entgegen bringt und sich statt auf Hilfe mehr auf Kontrolle konzentriert, darf sich nicht wundern, wenn auch die Erziehenden ein Misstrauen entwickeln und ein konstruktives Miteinander zum Wohl der Kinder kaum noch möglich ist“, so der DFV zur Betreuung und Erziehung von Kleinkindern.

Statt die Schicksale vernachlässigter Kinder als Themen für Schlagzeilen zu missbrauchen, fordert der DFV differenzierte Unterstützungsangebote unter dem Gesichtspunkt von „Familienbildung“. Diese Angebote stellen verantwortungsbewusste Familien nicht an den Pranger und lassen überforderte Eltern nicht allein, sondern beraten und begleiten partnerschaftlich .

**D**ie große Mehrzahl der Familien erfüllt ihre Aufgaben verantwortungsvoll und die Eltern schaffen es sogar, nicht nur Erzieher, sondern auch Freunde und Partner für ihre Kinder zu sein. Diese Familien brauchen kein Mehr an staatlicher Kontrolle, sie brauchen vor allem Instrumente, die ihnen echte Wahlfreiheit geben. Dabei sind Betreuungsangebote für Kinder und finanzielle Förderung für junge Familien keine Gegensätze. Beide gehören zu den vom Bundesverfassungsgericht geforderten Voraussetzungen für echte Wahlfreiheit, damit Familien sich wirklich für den Weg entscheiden können, der zu Kindern und Eltern am besten passt. Deshalb fordert der Deutsche Familienverband die Einführung einer finanziellen Förderleistung, die während der ersten

gefährdet ist, muss der Staat gemäß seinem in Artikel 6 des Grundgesetzes verankerten Wächteramt konsequent mit den Instrumenten der Kinder- und Jugendhilfe und der Familiengerichtsbarkeit eingreifen.

Gezielte Familienhilfe setzt allerdings voraus, dass den gegenwärtigen Kürzungen im Bereich der Jugend- und Familienhilfe ein Riegel vorgeschoben wird.

Dazu gehört die Übernahme gemeinsamer Verantwortung für Kinder, die von jedem Einzelnen verlangt, nicht tatenlos wegzuschauen, wenn Kinder in ihrem Wohl und ihrer Entwicklung gefährdet sind.



**Sind Familien Ihre Zielgruppe?  
Dann wäre vielleicht eine  
Anzeige hier das Richtige!**

**Infos anfordern! Fon: 0761 - 470 27 95**



## Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

### Mehr Mutter/Vater-Kind-Kuren

Die Reformmaßnahmen der Gesundheitsreform wirken. Im ersten Halbjahr 2007 sind die Ausgaben der Krankenkassen für Mutter/Vater-Kind-Maßnahmen um mehr als 16 Prozent gestiegen. Es ist zu begrüßen, dass wieder mehr Mütter und Väter diese Leistungen in Anspruch nehmen können nach den stark rückläufigen Zahlen der vergangenen Jahre.

Mutter/Vater-Kind-Maßnahmen sind wichtige Bausteine für eine erfolgreiche Prävention. Eltern und ihre Kinder lernen hier, gemeinsam gesund zu leben.

Medizinische Vorsorge- und Reha-Maßnahmen der gesetzlichen Krankenkassen sind ein wichtiger Beitrag, um die Gesundheit der Mütter und Väter zu stärken. Gerade hier darf nicht gespart werden. Eltern, die einen Spagat zwischen Beruf und Familie leisten, müssen unterstützt werden. Viele Mütter schöpfen daraus Mut. Die Nachfrage in unserer Beratungsstelle ist gestiegen, die Einrichtungen sind voll belegt. Aber es gibt noch Umsetzungsschwierigkeiten mit der neuen Gesetzeslage bei einigen Krankenkassen. 28 Prozent der Ablehnungen wurden immer noch mit dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ begründet, obwohl er nicht mehr gültig ist.

Bislang lag es im Ermessen der Kassen, die Anträge für diese Maßnahmen zu bewilligen. Seit dem 1. April 2007 müssen die Kassen die Leistungen genehmigen, wenn die medizinischen Voraussetzungen vorliegen. In diesem Fall gilt ausnahmsweise nicht der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Kassen, die mehr Leistungen bewilligen und entsprechend mehr Ausgaben haben, sind nicht mehr im Nachteil gegenüber den Krankenkassen, die nur wenige Vorsorge- und Reha-Maßnahmen bezahlen.

Über Mutter/Vater-Kind-Kurmaßnahmen und den Voraussetzungen zur Inanspruchnahme informiert Sie Frau Schmidt von der DFV-Landesgeschäftsstelle. Antragsformulare sind im Internet unter [www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de) abrufbar.

### Kinderzahlen in Deutschland

Die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder ist im ersten Halbjahr 2007 mit 313.100 gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 (313.900) um 0,3 Prozent zurückgegangen.<sup>2</sup>

Insgesamt liegt die Zahl der geborenen Kinder pro Frau in Deutschland bei 1,33 (2006). Zum Vergleich: In Frankreich und Island liegt die Geburtenrate bei rund 2,1 Kindern pro Frau. 90 Prozent der Väter pausierten in Island im vergangenen Jahr binnen 18 Monaten nach Geburt des Kindes.<sup>3</sup>

Deutsche Universitätsabsolventinnen mit westdeutschem Lebenslauf sind zu etwa 35 Prozent kinderlos.

Nur 25 Prozent der Deutschen sind davon überzeugt, in einem kinderfreundlichen Land zu leben. In Frankreich sind es 80 Prozent.

Als ideale Kinderzahl geben die Deutschen durchschnittlich 2,0 an – die Franzosen wünschen sich 2,4 Kinder. Während immerhin 36 Prozent der Franzosen die ideale Kinderzahl mit drei und mehr Kindern ansetzen, tun dies nur 16 Prozent der Deutschen.<sup>4</sup>

78 Prozent der deutschen Kinderlosen verbinden die Elternschaft mit zu erwartenden finanziellen Einbußen.<sup>5</sup>

Jeder vierte Mann und jede siebte Frau in Deutschland will kinderlos bleiben.

Meine Mutter / mein Vater hat für mich	
genügend Zeit:	67% / 34%
mal so, mal so:	27% / 43%
zu wenig Zeit:	5% / 16%
nicht vorhanden:	1% / 7%

2 Statistisches Bundesamt, November 2007

3 [www.diw.de/deutsch/pressemitteilungen/448.html](http://www.diw.de/deutsch/pressemitteilungen/448.html)

4 nachfolgende Zahlen aus der Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach: eine Bevölkerungsbefragung der 16- bis 49-Jährigen in Frankreich und Deutschland im Auftrag der Zeitschrift Bild der Frau/Axel Springer AG

5 Generations and Gender Survey, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Zusammenarbeit mit der Robert Bosch Stiftung, 2005/2006

6 Kinderstudie des Kinderhilfswerks World Vision

## Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

### Stirbt die klassische Familie?

Der Widerspruch unserer Zeit: Eine reiche Gesellschaft ist arm an Kindern."

Ist in Baden-Württemberg die Welt noch in Ordnung – zumindest, wenn es um die traditionelle Familie geht? Statistisch gesehen bestehen hier vier Fünftel aller Familien noch aus einem Ehepaar mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern. Das klassische Familienbild entspricht jedoch längst nicht mehr der ganzen Wirklichkeit. Bundesweit sind Familien auf dem Vormarsch, in denen die Eltern keinen

Der Anteil «alternativer Familien» aus Alleinerziehenden und Lebensgemeinschaften stieg von knapp einem Fünftel auf mehr als ein Viertel. In Berlin machen diese Familien fast die Hälfte aus (1996: 34 Prozent), während es in Baden-Württemberg nur 20 Prozent sind (1996: 15 Prozent).

Die "Top-Regionen" für Familien liegen in Ostdeutschland. Hier liegen die meisten Gebiete, die ein familienfreundliches Wohnungs-, Kita-, Schul- und Freizeitangebot haben oder bei der Bewertung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorn sind.

## [www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de)

Trauschein mehr haben oder alleinerziehend sind. Am größten sind die Veränderungen in Ostdeutschland. Am 9. November 2007 wurden die ersten "Kinder des Mauerfalls" erwachsen. "Die deutsche Einheit ist jetzt auch volljährig", verkündet das Statistische Bundesamt im Mikrozensus 2006.

In einer Familie leben statistisch gesehen im Durchschnitt 1,61 minderjährige Kinder; 1996 waren es noch 1,65. In Ostdeutschland – einschließlich Berlin – schrumpfte die Kinderzahl von 1,55 auf 1,43. In Niedersachsen wachsen die meisten Kinder in einer Familie auf, gefolgt von Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein.

DEUTSCH-FRANZÖSISCH-  
SCHWEIZERISCHE  
OBERRHEINKONFERENZ



CONFERENCE  
FRANCO-GERMANO-SUISSE  
DU RHIN SUPERIEUR

### Familienverband zur Metropolregion eingeladen

Die trinationale Oberrheinkonferenz hat wichtige Schritte unternommen, um die Entwicklung einer deutsch-französisch-schweizerischen Metropolregion voranzubringen. Ziel ist es, dass sich diese vier Säulen aktiv am grenzüberschreitenden Dialog beteiligen; mittelfristig wird eine Vernetzung angestrebt. Organisatorisch entwickeln sich dabei vier „Säulen“ oder Funktionsbereiche: Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Der Landesvorsitzende erhielt eine Einladung, sich an diesem regionalen Prozess zum Bereich „Zivilgesellschaft“ zu beteiligen.

Auf Einladung des rheinland-pfälzischen Beauftragten der Staatskanzlei für grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat der DFV-Landesvorsitzende Uto R. Bonde teilgenommen und

sich über das europäische Oberrheingemeinschaftsprojekt informiert.

Vertreter zahlreicher gesellschaftlicher Vereinigungen von rechts und links des Rheins befassten sich mit der Begriffsdefinition der „Zivilgesellschaft“ und denkbarer Aktionen zur Gestaltung der trinationalen Metropolregion am Oberrhein. Dabei wurden Vorschläge für den Dreiländerkongress erarbeitet, der im Januar von der Region Alsace in Straßburg ausgerichtet wird.



## Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

...Fortsetzung von Seite 8

Während jegliche Kapitalinvestition von indirekten Steuern verschont bleibt, gilt dies für das Humankapital nicht, solange Eltern in es investieren. Diese Ungleichbehandlung zu Lasten der Familien lässt sich nicht rechtfertigen. Die finanzielle Dimension dieser Überlast ist enorm. Schon 1993 schätzte die Arbeitsgruppe „Familien und Senioren“ der Bundestagsfraktion der SPD die Verbrauchssteuerquote auf 22 bis 30 Prozent – je nachdem, ob die Mietausgaben mitberücksichtigt wurden oder nicht. Seit 1994 wurde die Verbrauchsteuerlast jedoch mehrfach erhöht (u.a. Erhöhung der MwSt 1998 und 2007, Öko-steuer). Bei einer kumulierten Verbrauchssteuerlastquote von 30 Prozent errechnen sich allein für das steuerliche Kinderexistenzminimum von 5.808 Euro je Kind damit indirekte Steuern in Höhe von 1.724 Euro und die vierköpfige Durchschnittsfamilie leistet zusammen sage und schreibe 7.365 Euro. Somit nimmt der Staat hier von einem Gesamtverdienst (einschließlich dem als „Arbeitgeberbeitrag“ vorenthaltenem Lohn) in Höhe von 36.000 Euro brutto Mittel in der Größenordnung von rund 21.365 Euro weg, nur 3.696 Euro gibt er als „Kindergeld“ zurück! Weil Familien deshalb zu allen staatlichen Wohltaten überproportional selbst beitragen müssen, ist jeder familienpolitische Ansatz „staatlicher Spendierhosen“ – ob man dies als Elterngeld, Erziehungsgeld, „Kindergrundsicherung“, oder „Starterpaket“ bezeichnet, per se nicht nur unehrlich – sondern hinsichtlich der Verhinderung von Armut zum Scheitern verurteilt: Auch das gegenüber 1961 von 25 DM auf 154 Euro um das Zwölfwache erhöhte Kindergeld plus das Erziehungs- bzw. Mindestelterngeld in Höhe von weiteren 300 Euro je Kind und Monat plus Wohngeld plus Steigerung der Müttererwerbsbeteiligung haben die grassierende Kinderverarmung nicht verhindert. **Durchschnittsfamilie um 300 Euro pro Kind und Monat zu hoch belastet!**

Was Not tut, ist eine Familienpolitik, die den Eltern ermöglicht, ihre Kinder aus dem selbst erwirtschafteten Einkommen in Freiheit und Eigenverantwortung aufzuziehen. Allein die Befreiung des Kinderexistenzminimums von der Sozialbeitragspflicht für die Sozialversicherung nach dem Vorbild des Einkommensteuergesetzes würde je Kind einen Nettozuwachs von 1.916 Euro pro Jahr bedeuten; tendenziell haben das die damaligen Fraktionen der SPD und von Bündnis90/Die Grünen als Reaktion auf das „Pflegeversicherungsurteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom 3.4.2001 selbst schon vorgeschlagen.

### Qualitätsförderpreis

#### Qualitätsförderpreis Gesundheit Baden-Württemberg 2008

Das Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg und die im Gesundheitsforum Baden-Württemberg beteiligten Institutionen loben auch für das Jahr 2008 zum nunmehr bereits siebten Mal den mit insgesamt 15.000 Euro dotierten Qualitätsförderpreis aus. Die Robert-Bosch-Stiftung stellt hierfür das Preisgeld zur Verfügung.

Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer kann sich pro Ausschreibung mit einem Projekt bewerben.

Einsendeschluss ist der 15. März 2008.

Nähere Informationen über die Ausschreibung unter: Auslobung Gesundheitsforum, Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg

Geschäftsstelle des Gesundheitsforums

Postfach 10 34 43

70029 Stuttgart

Telefon: 0711/123-3793

Telefax: 0711/123-3997

E-Mail: [gerd.wolf@sm.bwl.de](mailto:gerd.wolf@sm.bwl.de)



**Sind Familien Ihre Zielgruppe?  
Dann wäre vielleicht eine  
Anzeige hier das Richtige!**

**Infos anfordern! Fon: 0761 - 470 27 95**



## Nachrichten und Termine im DFV Ba-Wü

LEIDER HABEN UNS DIE BERICHTE UNSERER REGIONAL- UND ORTSVERBÄNDE NICHT RECHTZEITIG ERREICHT UM DIESEN PLATZ HIER ZU FÜLLEN.

Entnehmen Sie daher aktuelle Informationen unserer Homepage: [www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de)

### KV EMMENDINGEN

Die Termine unseres Kreisverbandes

Emmendingen für das Folgejahr:

21.02.2008 KV-Sitzung in Herbolzheim

18.04.2008 KV-Tag in Freiamt

29.05.2008 KV-Sitzung in Freiamt

17.07.2008 KV-Sitzung in Herbolzheim

30.10.2008 KV-Sitzung in Freiamt

### KV BREISGAU

**GEMINI-Treffen von Mehrlingseltern**

Jeden 1. Donnerstag im Monat, 20 - 22 Uhr,  
79098 Freiburg, Geschäftsstelle der AGF/DFV,  
Schloßbergstr. 8a

**Familientreff „Leben mit Kindern“**

Jeden 3. Donnerstag im Monat, 16 - 17.30 Uhr,  
79206 Breisach-Hochstetten, Verenenkapelle

### Impressum

Die FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen dreimal im Jahr und sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber:** Deutscher Familienverband  
Landesverband Baden-Württemberg e.V.,  
St. Georgener Str. 10, 79111 Freiburg,  
Tel. 0761/470 27 95, Fax 151 78 30,  
[post@dfv-baden-wuerttemberg.de](mailto:post@dfv-baden-wuerttemberg.de)  
[www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de)

**Redaktion:** Uto R. Bonde

**Bankverbindung:** Volksbank Freiburg, BLZ 680  
900 00, Kto 15 967 609. Der DFV ist als gemein-  
nützig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge  
sind steuerlich absetzbar.

**Produktion:** Die MarketingMacher, Freiburg (Satz  
& Layout), Franz Weis GmbH, Freiburg (Druck).

Die nächsten FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen  
Ende Juni 2008.

Redaktionsschluss ist am 13. Juni 2008.

## Kreis- und Ortsverbände des Deutschen Familienverbandes Baden-Württemberg e.V.

### KV Böblingen e.V.

Vorsitzender: Gunter Reimann  
71277 Rutesheim, Hegelstr. 22  
Tel. 07152 - 5 37 39  
Gunter.Reimann@t-online.de

### KV Breisgau e.V.

Vorsitzender: Martin Sarcoli  
79111 Freiburg, Heckerstr. 29  
Tel. 0761 - 888 97 07 (AB)  
info@dfv-breisgau.de

### KV Emmendingen e.V.

Vorsitzender: Peter Köstel  
79348 Freiamt, Lärchenweg 7/1  
Tel. 07645 - 18 18, Fax 07645 - 91 63 54  
kreisverband@dfv-kreis-emmendingen.de

### KV Esslingen e.V.

Vorsitzender: Vera Morlok-Gommel  
73274 Notzingen, Neuffenstr. 14  
Tel. 07021 - 4 75 25  
mo-gommel@t-online.de

### OV Freiamt e.V.

Vorsitzende: Heidi Reinbold  
79348 Freiamt, Unterer Schutzhof 7  
Tel. 07645 - 14 44, Fax 07645 - 14 45  
freiamt@dfv-kreis-emmendingen.de

### OV Herbolzheim e.V.

Vorsitzender: Thomas Ruddies  
79367 Weisweil, Friedhofstr. 23  
Tel. 07646 - 31 30 71  
herbolzheim@dfv-kreis-emmendingen.de

### KV Konstanz e.V.

Vorsitzender: Herbert Bruttel  
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 18  
Tel. 07732 - 70 31, Fax 07732 - 1 31 81  
Herbert.Bruttel@t-online.de

### OV Konstanz e.V.

Vorsitzende: Sabine Geistler  
78462 Konstanz, Inselgasse 9  
Tel. 07531 - 18 94 76, Fax 07531 - 18 94 76  
Sabine.Geistler@D-Angelo.de

### OV Radolfzell e.V.

Vorsitzender: Herbert Bruttel  
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 18  
Tel. 07732 - 70 31, Fax 07732 - 1 31 81  
Herbert.Bruttel@t-online.de

### RV Rhein-Neckar-Odenwald e.V.

Vorsitzende: Silke Wanitschke  
74939 Zuzenhausen, Leiergasse 6  
Tel. 06226 - 99 17 26  
Mue\_ke@t-online.de

### Friedrichshafen

Kontaktadresse: Regina Berner-Kerst  
88677 Markdorf, Bergheimerstr. 28  
Tel. 07544 - 74 34 30, Fax 07544 - 74 34 80

### Raum Stuttgart - Neckar

Kontaktperson: Martha Kaiser  
73235 Weilheim a.d. Teck,  
Karl-Scheufelen-Str. 19  
Tel. 07023 - 7 12 20  
gkaiser@ngi.de

### DFV Landesverband e.V.

Vorsitzender: Uto R. Bonde  
79111 Freiburg, St. Georgener Str. 10  
Tel. 0761 - 470 27 95, Fax 0761 - 151 78 30  
post@dfv-baden-wuerttemberg.de  
www.dfv-baden-wuerttemberg.de

### DFV Bundesverband e.V.

10117 Berlin, Luisenstr. 48  
Tel. 030 - 30 88 29 60, Fax 030 - 30 88 29 61  
zentrale@deutscher-familienverband.de  
www.deutscher-familienverband.de



## Aufnahmeantrag

Wir werden Mitglied im Deutschen Familienverband e.V. (DFV)



Deutscher  
Familien-  
Verband

Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Vorname	Name	Geb.-Datum	Beruf
Vorname Partner/in	Name	Geb.-Datum	Beruf
Kinder (Geburtsjahr)			
Straße	Plz	Ort	
Telefon	Fax	Email	

Der jährliche Familienmitgliedsbetrag von \_\_\_\_\_ Euro (z.Zt. mind. 48,- Euro) beinhaltet die kostenfreie Zusendung der Mitgliederzeitschriften (FAMILIENNACHRICHTEN und DFV-Familie) und wird zum Jahresanfang per Lastschrift eingezogen. Hierfür erteile ich folgende Lastschrifteinzugsermächtigung:

Kontoinhaber	Kontonummer	Geldinstitut	BLZ
Datum		Unterschrift	